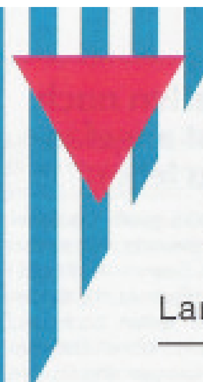


DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 1/1997

Verniedlichung der Wehrmachts-Verbrechen

Die Verteidigung oder Verniedlichung der Verbrechen der Wehrmacht durch die CDU leistet Schützenhilfe für die Ewiggestrigen. Sie ist allerdings nicht neu. Schließlich wurde die Bundeswehr von ehemaligen Hitlergeneralen aufgebaut und viele Kasernen tragen bis heute die Namen von Offizieren der Nazi-Wehrmacht. Kriegsverbrecher konnten in der CDU oder den von ihr geführten Bundesregierungen in höchste Stellen aufsteigen. Es genügt, dafür den Namen Oberländer zu nennen. So fand Ende 1941 eine der ersten großen Massenerschießungen in Lwow statt, „wo eine Vorausabteilung der Wehrmacht – ein Bataillon des Amtes Ausland/Abwehr unter Hauptmann Theodor Oberländer (später Bundesminister der Regierung Adenauer) – in sieben Tagen ungefähr 5.000 Menschen ermordete, darunter fast alle Intellektuellen der Stadt." (Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Akademie-Verlag, Berlin 1982, Bd.2, S.125)

Wenn die „Endlösung der Judenfrage" auch hauptsächlich der SS oblag, so hat die Wehrmacht jedoch auch dafür keine geringe Mitverantwortung. Sie hat in einem verbrecherischen Angriffskrieg den Weg für die Killerkommandos freigeschossen und im Osten durch die Bildung von Ghettos (Anordnung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Nord v. 14.11.1941) sowie den Befehl zur Kennzeichnung und Registrierung der Juden die Vorarbeit für die SS geleistet. Teilweise waren Einheiten der Wehrmacht auch direkt an der Ermordung der Juden beteiligt. So berichtete z.B. die 1. SS-Informationsbrigade, die sich im Bereich der 6. Armee ... mit ‚Säuberungsaktionen' befaßte, am 10. August 1941 u.a.: ‚In Goroschki befindet sich III/375 (d.h. das III. Bataillon des Jägerregiments 375) und hat seit acht Tagen die Gegend gesäubert. Juden und Bolschewisten sind erschossen worden.' ... Anfang August 1941 ließ v. Salmuth, kommandierender General des XXX. Armeekorps, unter Hinzuziehung des SS-Sonderkommandos 10a alle Juden der Stadt Kodyma ermorden, wozu er 300 Mann der ihm unterstellten Truppen einsetzte." Dokumente belegen auch die Massenvernichtung jüdischer Bürger durch die örtlichen Militärkommandanten. „So ließ der Ortskommandant von Armjansk am 26. November 1941 die 14 ortsansässigen jüdischen Bürger erschießen." (Angaben nach: Norbert Müller (Hrg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, Dokumente, Köln 1980, S.117)

Willi Gerns

Ein gutes und aktives Neues Jahr

wünscht der Landesvorstand allen Kameradinnen und Kameraden, allen Lesern und Leserinnen. Der 50. Jahrestag der Gründung der VVN steht in Bremen ganz im Zeichen der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945," zu der wir eigene kritisch-aktuelle Beiträge leisten.

Im Februar setzen sich unsere Kameraden Ulrich Sander und Lorenz Knorr mit den Traditionen der Bundeswehr auseinander. Das Nürnberger Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher zeigte 1946 auf, „daß Kriegsverbrechen in größtem Ausmaße verübt worden sind wie nie zuvor" und daß „ohne ihre militärische Führung" die Angriffspläne der Nazis und der deutschen Rüstungsindustrie folgenlos geblieben wären.

Wir werden auch 1997 unsere Bemühungen fortsetzen, daß Opfern von Krieg und Faschismus wie auch den heute Verfolgten wenigstens moralische Wiedergutmachung geleistet wird, Militärstrafgefangenen, Zwangsarbeitern, Flüchtlingen, Opfern rassistischer Gewalt. Daher unterstützen wir auch nachhaltig das Projekt der Naturfreundejugend, die Moringen-Uckermark-Ausstellung „wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben" Ende Februar noch einmal in Bremen zu zeigen. Die gleiche Unterstützung gilt dem Projekt der Autonomen Fraueninitiative, mit der Ausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht" das Schicksal der Frauen in den KZ Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück in den Jahren 1933-1945 aufzuzeigen.

Dazu möchten wir euch alle ermuntern, uns bei diesen Aktivitäten auf vielfältige Weise zu unterstützen. Gemeinsam werden wir bis zum 7. Mai '97, unserem 50. Jahrestag, ein gutes Stück vorangekommen sein.

der L.V.

Das Kreuz mit der Wehrmachtsausstellung

Vorgesehen ist, im Bremer Rathaus die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht" zu zeigen. Seit Wochen gibt es Stimmen dafür und dagegen. Von Alt- und Neonazis wird sie ganz abgelehnt. Von Führungskräften der Bundeswehr und der CDU wird sie kritisiert, sie „diffamiere pauschal alle Soldaten der Wehrmacht." Eine dritte Gruppe der Ablehner im Rathaus kommt aus dem Kreis jener Kräfte, die noch vor kurzer Zeit sich für das Kreuz in den Schulen stark machten, auch wenn in den Räumen Anders-Gläubige unterrichtet werden.

Die Ausstellung total abzulehnen, ist den meisten Kritikern zu gewagt. Das könnte das Mißtrauen in den von der Wehrmacht überfallenen Ländern enorm steigern. Gegenwärtig ist das noch zu gefährlich. Der Publizist Proske, für dessen Buch nicht zufällig massiv in neofaschistischen Buchdiensten geworben wird, hat sich im „Weserkurier" wie folgt geäußert: „Die Ausstellung ist ja sehr geschickt gemacht. Vielleicht war es ja ein Schüler von Goebbels, der auf die Idee gekommen ist: Damals haben die rechten Radikalen die Juden verfolgt, und jetzt verfolgen die linken Radikalen die Wehrmacht."

Wer aber so argumentiert, macht sich verdächtig, die wahre Geschichte zu umgehen bzw. zu verwischen. Ziel Hitlers und seiner Getreuen in der Wehrmachtsführung war nicht nur die Verfolgung, sondern die Vernichtung und Ausrottung der Juden und anderer Völker wie z.B. der Roma und Sinti. Wer die Wahrheit liebt, der muß auch bekennen, daß es Antifaschisten waren – und nicht nur „Linke" – die das schon vor 1933 erkannten und deswegen Hitler verhindern wollten. Hätten sie Erfolg gehabt, dann wäre das ein großer Segen für die Menschheit gewesen. Es wäre nicht zum 2. Weltkrieg gekommen.

Alois

Wir dokumentieren: Balasz Nemeth:

Ist Antifaschismus immer Antifaschismus?

Balasz Nemeth (Jahrgang 1931) stammt aus Ungarn und ist heute Pfarrer der evangelisch-reformierten Gemeinde in Wien. Den vorliegenden Artikel veröffentlichte er in der in Österreich herausgegebenen Zeitschrift „Christ und Christentum, Beiträge zur Kirche und Gesellschaft."

„Ein Faschist, der nicht sehr viel mehr ist als ein Faschist, ist vielleicht ein Faschist,

aber ein Antifaschist, der nicht sehr viel mehr ist als ein Antifaschist, ist vielleicht kein Antifaschist." (Erich Fried)

Bestechende, knappe Zeilen – und dennoch weitreichende Gedankengänge – bedeuten diese zwei Verse von Erich Fried. Der erste Vers ist unbestreitbar nachvollziehbar, aber der zweite Vers hat es in sich. Ich habe ihn wiederholt für mich nachgesprochen und habe versucht, des Rätsels Lösung herauszufinden, die nicht so einfach schien, denn alle dialektischen Formulierungen wie diese – ein Antifaschist, der nur ein Antifaschist ist, ist vielleicht kein Antifaschist – regen zwar zum Nachdenken an, geben aber ihr Geheimnis nicht so leicht preis. Dennoch versuche ich, Frieds Gedankengängen nachzugehen und einfach die Dinge aufzulisten, die mir in dieser dialektischen politischen Poesie in den Kopf geschossen sind.

Vielleicht ist jemand kein Antifaschist, wenn er den Faschismus nur als historische Epoche in die Schublade der Geschichte einordnet, sie aber von der Gegenwart total trennt. Oft wird Geschichte betrieben, damit man vor der Gegenwart in die stummen Zeugnisse der Vergangenheit fliehen und dort Geborgenheit finden kann. Man kann Bände über den Faschismus schreiben und Bibliotheken mit ihnen füllen, wenn sie aber messerscharf von der Gegenwart getrennt werden, so kann man bloß aufatmen und sagen: „Gott sei Dank, dieser Spuk gehört der Vergangenheit an."

Da wird mit der Geschichte so verfahren wie bei vielen animistischen Totenkulten: man ehrt die Toten überschwenglich und opfert an ihren Gräbern reichlich, damit sie ja im Reich der Toten bleiben und sich nicht in das Geschehen der Lebenden einmischen.

Heute in der Welt der virtuellen Realität sind viele Jugendliche nicht imstande, zwischen der Realität, die hinter „Schindlers Liste" steht und jener des „Jurassic Park" zu unterscheiden. Alle beide liegen in ihrer Vorstellungswelt auf der selben Ebene. An dieser Tatsache scheitern viele gute pädagogische Absichten, die durch die bildliche und filmische Darstellung von erschreckenden, grauenvollen Szenen aus der NS-Zeit zu politischem Bewußtsein erziehen wollen, ohne vorher oder gleichzeitig eine gründliche gesellschaftliche Analyse hinzuzufügen und den roten Faden von der Vergangenheit zur Gegenwart aufzudecken.

Auch viele Menschen, die z.B. die sogenannte „Wehrmachtsausstellung" ablehnen, weil durch sie ein „sauberes" historisches Bild zerstört wird, meinen, daß man alles dabei belassen und die Geschichte ja nicht aufrühren solle, denn man könne am Gewesenen eh nichts mehr ändern. Freilich, wenn bei solchen Ausstellungen und Dokumentationen – wie das in Klagenfurt der Fall war – die Linien zur Gegenwart und zu den noch harmlos erscheinenden Wurzeln des Faschismus in der Vor-Hitlerzeit gezogen werden, dann ist der Aufschrei noch größer, weil dabei ein wunder Punkt berührt wird. Da wird dann gerne von „Nestbeschmutzung" geredet. Aus diesem Grund kann ein bloßes historisierendes Interesse an der NS-Zeit, auch wenn es sie entschieden ablehnt, nicht automatisch als antifaschistische Haltung gedeutet werden, sondern oft als eine Flucht vor den Herausforderungen, die bis zum Heute reichen.

Einsicht

Ingolstadts 3. Bürgermeister Werner Pößl nahm als erster und bisher einziger Deutscher offiziell an einer jährlich stattfindenden Gedenkfeier für 7.000 Jugoslawen teil, die am 21. 10. 1941 in der 130 km südlich von Belgrad gelegenen Stadt Kragujevac als Vergeltungsmaßnahme gegen einen Partisanenüberfall von der deutschen Wehrmacht erschossen wurden.

RG

„Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben"

Die Naturfreundejugend Deutschlands im Lande Bremen zeigt in der Zeit vom 22.-28. Februar 1997 in ihrem Haus in der Buchtstr. 14/15 die Ausstellung „wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben" über die Jugend-KZ in Moringen und Uckermark.

Für eine Begleitveranstaltung zu dieser Ausstellung werden ehemalige Häftlinge oder deren Angehörige gesucht, die bereit wären, mit Jugendlichen über die Erfahrungen in den KZ zu sprechen. Wer Intereresse an einer Beteiligung an diesem Ausstellungsprojekt hat, melde sich bitte unter der Telefonnummer 32 60 22 bei der Naturfreundejugend. Vielen Dank im Voraus.

Quo vadis, Bundeswehr

Diskussion am 14. 1. 97 um 20 Uhr im DGB-Haus, Clara-Zetkin-Saal, Bahnhofsplatz

- Wehrpflicht- oder Berufsarmee?
- Abschaffen aller Armeen, auch der Bundeswehr?
- Frauen zur Bundeswehr?

mit Kathrin Vogler, BV der DFG/VK, Peter Tobiassen, Zentralst. für Recht und Schutz der KdV, Oberstltn. Mesch, Presseoffizier und Timmermann, Jugendoffizier,

Moderation: Eva Böller, DFI

Veranstaltungen von SDAJ, Jukos und DKP

22.1.97 um 19.30 im Ohlenhof:

Emil Carlebach, „Hitler war kein Betriebsunfall"

23.1.97 in der Villa Ichon,

Ludwig Elm, MdB, „Hochschule und Nationalsozialismus"

Müßte Adenauer heute in den Knast?

Laut „Bremer Nachrichten" vom 20.11. wurde ein 26jähriger Student zu sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er hatte, nachdem er den Einberufungsbescheid bekam, angekündigt, daß er aus Gewissensgründen nicht Folge leisten könne. Seiner Meinung nach sei auch die Ableistung des Zivildienstes Kriegsdienst. Feldjäger der Bundeswehr nahmen ihn in seiner Wohnung fest und brachten ihn in die Kaserne. Dort weigerte er sich, Bundeswehrkleidung anzunehmen.

Vom Kommandeur der Truppe bekam er daraufhin 21 Tage Disziplinararrest. Das wiederholte sich noch zweimal. Insgesamt erhielt der Student 63 Tage Arrest. Vor dem Landgericht Hildesheim wurde er wegen Fahnenflucht zu sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Begründung: „Die Bundeswehr sah durch das Verhalten des 26jährigen die militärische Ordnung ernsthaft gefährdet."

Wo leben wir schon wieder? Stellt sich da nicht die Frage, wo diese Spuren hinführen? Auf dem ersten Parteitag der CDU 1946 versprach Adenauer, „den militärischen Geist in Deutschland auszumerzen." Wo und wann ist das geschehen? Das Urteil gegen den 26jährigen bestätigt, daß das Gegenteil eingetreten ist.

Alois

Die NPD nach Deckert:

Auch Bremer Neonazis auf dem Weg in die NPD?

Im März 1996 löste der bayerische Landesvorsitzende Udo Voigt den bisherigen Bundesvorsitzenden Günther Deckert mit knapper Mehrheit ab. Die „Ära Deckert" mit ihrer offensiven Auschwitz-Leugnung, die den Parteivorsitzenden ins Gefängnis gebracht hatte (man erinnert sich an die freundlichen Worte des Mannheimer Landgerichts gegenüber der „charakterstarken, verantwortungsbewußten Persönlichkeit" Deckerts), war damit (vorerst) zu Ende. Die Angst vor einem Verbot der Organisation und wieder einmal „unklares" Finanzgebaren reichten, um Deckert ins 2. Glied zu versetzen.

Das derzeitige taktische Verhalten der NPD ist kennzeichnend für die widersprüchliche Situation des gesamten Neofaschismus, der auf verschiedene Weise zu mehr Bewegungsfreiheit zu gelangen sucht. Unter Udo Voigt, einem ehemaligen Bundeswehr-Offizier, zeigt die NPD ein flexibleres Verhalten, um mit Überalterung und Mißerfolgen fertig zu werden. An der juristischen Front fühlt sie sich offenbar mit dem Rücken zur Wand. Nicht nur, daß auch der neue Bundesvorsitzende gleich ein Verfahren am Hals hat. Die Parteizeitung „Deutsche Stimme" bietet ständig aggressive Selbstverteidigungsreden auf.

Aus den Wahldesastern hat die NPD offenbar den Schluß gezogen, nur noch unter günstigen Umständen und dann möglichst im Verein mit anderen Rechten anzutreten. Sie ist daher an der Bewegung der „runden Tische" aktiv beteiligt und hat es geschafft, bei den niedersächsischen Kommunalwahlen Leute aus anderen Gruppen einzubinden und örtliche Erfolge einzufahren.

Andererseits sammelt die NPD eifrig Aktivisten mittlerweile verbotener Gruppen und damit deren politische Erfahrung ein. Dabei bedeutet Voigts Erklärung, den Jugendverband zur „Speerspitze der Partei" auszubauen, die Bereitschaft, das Gewaltpotential der NS-Gruppen auf- und anzunehmen. Nur durch diese Aufnahmen ist das Wiedererstarken der „Jungen Nationaldemokraten" zu erklären. Die JN sind mittlerweile mit dem offen neo-nationalsozialistischen Spektrum innig verbunden. So waren sie an den diesjährigen „Rudolf-Hess-Märschen" führend beteiligt.

Meldungen zufolge gründete auch der NPD-Kreisverband Bremen einen JN-Verband und zwar am 9. November (!). Als Hauptredner vor angeblich 60 Teilnehmern traten der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel und der bekannte Neonazi Steffen Hupka auf. Bereits vor einiger Zeit ist Markus Prievenau zur NPD übergetreten.

Die Mutterpartei versucht ebenfalls, ihre Vorstände zu verjüngen, was mancherorten wenigstens nominell gelungen ist. Mit Wolfgang Nahrath bietet die NPD zudem den Bundesführer der Pseudo-HJ „Wiking-Jugend" auf, der als Auslandsreferent für die Partei tätig geworden ist. Er nahm kürzlich Beziehungen zu den ukrainischen Freunden der UNA auf, einer Organisation, die in der Tradition der antikommunistischen Partisanen aus den 40/50er Jahren und der Waffen-SS steht. Folgerichtig ist das einigende Band denn auch die „Waffenbruderschaft" aus vergangenen Tagen, wobei Voigt das Terrorregime der Deutschen auch in der Ukraine als „unglückselige Verwicklungen" abtut. Der Handel besteht darin, daß die NPD materielle Hilfe an UNA-Angehörige erbringt und dafür die politische und Medien-Präsenz der UNA mitnutzen darf oder möchte. Zuletzt sind noch die Bemühungen der NPD zu erwähnen, in den elektronischen Medien aktiv zu werden. Hier besteht die Möglichkeit, Kontrollen zu umgehen (siehe BAF 12/96) Ausdrücklich sind die Selbstdarstellung in den „Neuen Medien" von Voigt neben der Jugendarbeit zum 2. Hauptgebiet erklärt worden.

Thomas (nach „Deutsche Stimme" und anderen Veröffentlichungen)

Kriege machen Verbrecher – Verbrecher machen Kriege

„Lange und ernste Gespräche" und eine Kriegerwitwe mit dem Satz: „Mein Mann war kein Verbrecher," (was niemand in Bremen behauptet hat) dienen Herrn Neumann dazu, die Ausstellung über die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht zu diffamieren. In die Diskussion um die Ausstellung gehört noch der Gedanke: die Wehrmacht war alleine schon deshalb eine Verbrecherarmee, weil sie als Angriffsarmee in fremde Länder einfiel. Die Fotos in den Leserbriefspalten der Bremer Tageszeitungen am 26.10. und 31.10. dokumentieren den Überfall Polens und Wehrmachtssoldaten bei der Erschießung serbischer Geiseln.

20 Millionen Menschen brachten deutsche Soldaten, Wehrmacht und SS allein in der Sowjet-Union um, zerstörten und plünderten 1.700 Städte und über 70.000 Dörfer. – Kriege machen Verbrecher und Verbrecher machen Kriege. Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK) unterstützt die Haltung der SPD: Eine Ausstellung, die an Wehrmachtsverbrechen erinnert, gehört in „unser aller Rathaus."

Ernst Busche

Tödliche Schatten

Unter dem Titel „Tödliche Schatten der Psychatrie" stellte Gerda Engelbracht am 14.11. in den Räumen der Bremer Werkgemeinschaft das Ergebnis ihrer Arbeit der vergangenen neun Jahre vor, ein umfangreiches wie gehaltvolles Buch, erschienen im Donat Verlag. Sie könne nicht so recht nachvollziehen, woher sie die Kraft genommen habe, dieses Thema immer wieder zu bearbeiten, das so große Widerstände auslöse, meinte die Autorin.

1989 müsse es wohl gewesen sein, sagte Dr. Hasselbeck in seiner einführenden Rede, daß das Thema erstmals in die Öffentlichkeit gelangte. Erschütterung und große Betroffenheit habe es zunächst in einem kleinen Kreis ausgelöst, daß dieses Thema solange verschwiegen wurde. Verwunderlich, daß ein solches Buch nicht schon vor 40 Jahren erschien. Bis Anfang der 90er Jahre noch erhielten Angehörige, so sie denn Anfragen z[illegible] Schicksal ihrer Verwandten stellten, d[illegible] Bescheid, es gebe keine Hinweise, Akten wurden für verschwunden erklärt.

Auch in vielen Familien blieb es über Jahrzehnte ein gut gehütetes Geheimnis. Über den hundertfachen Tod nach der Verlegung in die Tötungsanstalten Hadamar oder Meseritz wurde nicht gesprochen. Gestorben wurde aber nicht nur in Tötungsanstalten, die Täter waren nicht nur Angehörige von Totenkopfverbänden, der Tod erfolgte auch in Landeskrankenhäusern und Nervenheilanstalten. Kriterien waren Arbeitsfähigkeit und Anpassung. „Wo Kranke und Behinderte nicht leben könnten, könnten Menschen nicht leben," faßte Dr. Hasselbeck zusammen.

Eigentlich habe sie über den Alltag in [illegible] Nervenheilanstalt schreiben wollen, üb[illegible] das Zusammenleben von Ärzten, Schwestern, Pflegern und Patienten in dieser recht überschaubaren Welt, so die Autorin Gerda Engelbracht. Mit den Fallakten sei sie auf das Thema der menschenverachtenden Auslese durch die NS-Gesundheitspolitik gestoßen. Aus der mehrfachen Mauer des Schweigens gelang es ihr nach oftmaligem Aufsuchen von Überlebenden und Hinterbliebenen das Bild einer Welt zu zeichnen, in der die Einstufung als „lebensunwert" die Vernichtung jeglicher Existenz bedeutete, bis hin zum Vergessen.

Das Thema der Vernichtung ungewollter Menschen ist noch oder gerade heute hochaktuell, wie die Auseinandersetzung um die Euthanasie-Thesen eines Peter Singer zeigt oder die Debatte um Gentechnologie und Bioethik.

Raimund

Ist Scientology „rechts"?

Einerseits gaukelt der technisch-wissenschaftliche Fortschritt vor, daß alle Probleme lösbar seien, andererseits schüren dunkle Zukunftsvisionen bei vielen Menschen existenzielle Ängste. In dieser Ungewißheit fällt es der Religio- und Psychoszene leicht, nicht nur den „Zivilisationsmüll", also die, die glauben, mit ihrem Leben nicht klar zu kommen, an Land zu ziehen, sondern auch aufstrebende „Größen".

Die Mun-„Sekte" ist als Kommunistenhaßer bekannt, doch auch Scientology hat mit der Demokratie und erst recht nichts mit sozialistischem Gedankengut am Hut. Dies möchte ich mit einigen wenigen Punkten versuchen zu belegen.

Vorweg sind meines Erachtens einige allgemeine Anmerkungen zu Scientology notwendig. Sie wird wie viele andere „Sekten" als Jugendsekte bezeichnet. Dies ist falsch und mehr als trügerisch, denn die Bezeichnung „Jugendsekte" suggeriert, daß hauptsächlich junge Menschen Ziel dieser Organisationen sind. Fast alle Gruppierungen haben kaum religiösen Charakter, sondern sind mehr oder weniger destruktive Psychokulte. Das heißt, daß eine der wichtigsten Methoden der Bindung an der jeweiligen Organisation die Bewußtseinsveränderung ist. Bei Scientology findet dies unter anderem durch eine Umdeutung von allgemein gebräuchlichen Worten statt. So bedeutet z.B. Ethik lediglich, daß alles, was für Scientology gut ist, ethisch ist. Eine weitere wichtige „Lehre" ist der Umgang mit den Anderen. So kann man dort nach eigenen Aussagen lernen, Menschen zu hand-haben, sprich zu steuern. Ziel dieser Organisation ist Geld und darüber Macht. Eines der Leitsätze hat der Begründer von Scientology, Laffaette Ronald Hubbard (L. Ron Hubbard oder LRH), schon in den fünfziger Jahren in seinem Buch „Dianetik" veröffentlicht. „Mach Geld, mach mehr Geld, sorge dafür, daß andere Geld machen." Bereits Ende der Vierziger soll LRH erkannt haben: „Wenn man wirklich Millionen machen will, dann ist der schnellste Weg der, deine eigene Religion zu starten". LRH ist über den Neo-Satanischen Orden O.T.O. (Ordo Templi Orientis) von Aleister Crowley (bekannt u.a. durch Tarot-Karten) zu seiner „Scientology-Church" gekommen. Hier beginnt der sozialpolitische Aspekt der Scientology-Organisation.

Weiter möchte ich die Geschichte von Scientology nicht vertiefen. Es gibt ausreichend Literatur, die sich damit befaßt. Wer Interesse hat, kann sich auch bei mir erkundigen.

Die Frage, ob Scientology rechts steht, läßt sich auf den ersten Blick vielleicht nicht eindeutig beantworten. Bei genauerem Hinsehen ist eine Tendenz jedoch klar erkennbar.

In der von Scientology herausgebrachten „Info"-Broschüre „HASS" vergleicht sich Scientology mit den Juden während der Hitlerdiktatur und diffamiert die, die gegen Scientology vorgehen durch Vergleiche mit Goebbels, Himmler und sonstigen Nazischergen. Dies ist nicht nur eine Beleidigung der unter Hitler ermordeten Juden und ihrer Angehörigen, sondern aller Opfer des Naziterrors.

Scientology veröffentlicht ihre Publikationen im VAP-Verlag (Verlag für Außergewöhnliche Perspektiven), der von Horst Mehlers Möwe-Verlag übernommen worden sein soll. Mehler ist ein ehemaliger ZDF-Redakteur und hochrangiger Scientologe. Im Diagnose-Verlag, der rechtsextreme Literatur, wie z.B. die „Auschwitzlüge", verbreitet, wird u.a. auch für Bücher aus dem VAP-Verlag geworben.

Der Frankfurter Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke sieht in Scientology eine politische Extreme neuen Typs und ein Sammelbecken heidnischer Übermenschen und Führerideologien. Die Grundstrukturen, die in Scientology herrschen, sind typisch für viele hierarchische und totalitäre Systeme. Sie beruhen auf: - Befehl und Gehorsam - Bespitzelung und Überwachung - Lob und Strafe.

Innerhalb der Organisation gibt es Ethik-Officer, die die „Treue" der Mitglieder überwachen, es gab den Geheimdienst OSA (Office of Special Affairs), welche von dem Guardian Office abgelöst wurde. In diesen Geheimdiensten leisten Tausende von fanatischen speziell ausgebildeten Agenten Dienst, die mit denen der CIA oder KGB vergleichbar sind, so berichtet wenigstens ein ehemaliger hochrangiger Scientologe. Straflager für abtrünnige oder „verirrte Schafe" gibt es verteilt über alle Kontinente. Dort soll mit härtesten Methoden gearbeitet werden.

Scientology ist auch in Bremen aktiv. So werden regelmäßig Anforderungskärtchen für das Buch „Dianetik" verteilt. Wie erfolgreich sie sind, vermag ich nicht zu sagen. Da es recht ruhig ist, dürften sie hier nicht viele Anhänger haben. Glücklicherweise, wenn es denn so ist. So habe ich auch nicht gehört, daß Scientology mit ihrem kostenlosen Test (200 teilweise recht dubiose Fragen) wirbt. In Bremen „residiert" Scientology allerdings in einem auf reichlich ominöse Weise erworbenen Prunkhaus.

Pastor Helmut Langel von der St. Remberti-Gemeinde (Tel.: 231991, Heymelstr. 35) und die Sektenberatung Bremen e.V. unter Bernhard Brünjes (Tel.: 231991, 234566, 462042 und 04205-1609 (Brünjes privat), befassen sich u.a. mit Scientology und deren Opfer sowie Möglichkeiten des Ausstiegs und vor allem der Prävention.

Gerold



Vor 55 Jahren

Wannseekonferenz

Am 20. Jan. 1942 kam es unter der Regie des Chefs von Sicherheitspolizei und SD Reinhard Heydrich zu einer Konferenz am Großen Wannsee Nr.56/58. In dieser Besprechung, an der hohe SS-Führer und hohe Vertreter des Reichsjustizministeriums, des Reichsinnenministeriums, des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, der Partei und der Reichskanzlei teilnahmen, wurde die systematische Massentötung jüdischer Mitbürger organisiert. Heydrich umreißt die Pläne wie folgt:

"Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten...

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht...

Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen..., wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen ... Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchkämmt..."

Auf der Wannseekonferenz wurde stabsmäßig organisiert, Juden, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, „zunächst" von der Deportation zurückzustellen, Mischehen zwangsweise zu scheiden und „Mischlinge ersten Grades" die Wahl zwischen Sterilisierung und Deportation zu lassen.

RG

Bremer Polizei läßt kotzen

Seit einigen Jahren wenden die Polizeibehörden verschiedener Ballungszentren im Ermittlungsverfahren gegen vermutete Kleindealer illegaler Drogen eine Saftzubereitung der Ipecacuanha-Pflanze an, die in der verabreichten Dosis einen starken Brechreiz erzeugt. Die ausgekotzten, mit Kokain oder Heroin gefüllten Stanniolkügelchen sollen als belastendes Beweismaterial die Kleindealer im Strafverfahren überführen.

Von Anfang an war diese von Ärzten im Polizeiauftrag durchgeführte Praxis von öffentlicher Kritik begleitet. Man verwies darauf, daß es genüge, die natürliche Darmausscheidung abzuwarten, um in den Besitz der Kügelchen zu gelangen. Es sei nicht angemessen, die betreffende Person dem Risiko einer Magenblutung oder eines Kreislaufkollaps auszusetzen. Überhaupt sei es eine an Folter grenzende Quälerei, jemanden zu stundenlangem Erbrechen zu zwingen, oder ihm zwangsweise eine Sonde durch die Nase in den Magen zu schieben, wenn er den Saft nicht freiwillig schlucke. Das Frankfurter OVG stufte kürzlich höchstrichterlich das Zwangserbrechen unter die verbotenen Ermittlungsmethoden ein und wies darauf hin, daß auf solche Art gewonnene „Beweise" vor Gericht nicht verwertet werden dürfen.

Während der öffentliche Druck andernorts zur Abschaffung dieser Praxis führte, wird in Bremen auf Weisung von Bürgermeister Scherf hin weiter gequält. Wie das Antirassismusbüro ermittelt hat, ist seit 1992 über 600 mal Ipecac verabreicht worden, davon seien in ca. 60 % Drogen gefunden worden. Wie sieht das Einzelschicksal aus? Der Psychologe F. und ich machten 2 Fälle öffentlich, in denen 14 bzw. 17-jährige Jugendliche nicht nur körperliche Schäden davontrugen, sondern auch psychisch stark traumatisiert worden waren. In diesem Zusammenhang muß man sich klar machen, daß 60 % der Betroffenen Jugendliche sind, die vom Jugendrichter im Fall einer Verurteilung allenfalls wenige Tage sozialer Arbeit auferlegt bekommen. So wird der Vorwurf an die Justizbehörden verständlich, hier werde durch Anwendung einer brutalen Ermittlungsmethode ständig gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot der Strafprozeßordnung verstoßen.

Beachtung verdient auch die Tatsache, daß es zwischen dem Leiter des eigens zu diesem Zweck gegründeten „Ärztlichen Beweissicherungsdienst" und der Innenbehörde einen Vertrag gibt, der die genauen Modalitäten der Ipecacanwendung regelt. Es wäre interessant zu erfahren, wieviel Geld das arme Bremen für das Quälen von Menschen übrig hat. Warum halten die Behörden entgegen jeder juristischen Vernunft an der umstrittenen Methode fest? Will man Jugendlichen vorab einen Denkzettel verpassen, wenn sie schon von den Gerichten nicht so bestraft werden, wie das „gesunde Volksempfinden" es für Dealer verlangt? Feiert hier eine längst überwunden geglaubte Schwarze Pädagogik Auferstehung?

Oder üben gewisse Behörden einen neuen alten Umgang mit Menschen, der sich eher an braunen Traditionen als an den Normen des Grundgesetzes orientiert? Wenn ich mir die kalte Präzision, mit der streng nach den „Regeln der Ärztlichen Kunst" gequält wird und die den gleichen Personenkreis betreffenden Betretungsverbote für ganze Stadtteile vor Augen halte, kommen mir genau solche Assoziationen. Es passt ins Bild, daß auf der anderen Seite Jugendliche auf der „Embrica Marcel" ohne jede sozialarbeiterische Betreuung sich selbst überlassen werden. Ausgrenzen – diskriminieren – quälen – vernichten, (diesmal durch Abschiebung); das Tatmuster des Unmenschen – sollte es zurückgekehrt sein auch nach Bremen? ...

Hans-Joachim Streicher (prakt.Arzt)

Abschiebung oder Duldung?

Kriminalität ist inzwischen Exportschlager der vergrößerten Bundesrepublik. Es geht dabei nicht nur um Chemieabfälle und Atommüll, sondern auch um Menschen. Die Innenminister von Bund und Ländern bemühen sich, Flüchtlinge in aller Herren Länder loszuwerden. Hurtig soll es nun vonstatten gehen, indem sie zuvor kriminalisiert werden, teils aus politischen Gründen, teils indem ihre erkauften Fluchtpapiere dazu herhalten müssen.

Mit Druck und Vorwand werden Menschen dazu gebracht, die Ausländerbehörden aufzusuchen, um ihre Papiere in Ordnung zu bringen. Dies nutzen die Behörden, sie umgehend aus dem Kirchenasyl zu entfernen, in das sie sich in höchster Not geflüchtet hatten. Selbst direktes Eindringen der Polizei in diesen geschützten Raum ist nicht mehr ausgeschlossen. Eine Strafverfolgung von Pastoren wegen Begünstigung und Fluchthilfe liegt, wie die Kölner Staatsanwaltschaft bewies, durchaus in staatlichem Interesse. Die Bremer Heilig-Geist-Gemeinde hingegen hatte schließlich zunächst einmal Erfolg bei ihren Bemühungen, den zairischen Flüchtling Jean Nsotuna Mampouya vor der Abschiebung zu bewahren. Bis zum Abschluß seines Wiederaufnahmeverfahrens erhielt er Bleiberecht.

Im konkreten Fall scheuen sich allerdings Bremer Behörden nicht, das anzuwenden, was im „Dritten Reich" Sippenhaft genannt wurde. Die Leipziger Polizei hatte darauf gedrungen, den Asylantrag der neunköpfigen Familie Sado Tekin beschleunigt abzuweisen, weil ihr Sohn Abud (20) auffällig wurde. Er lebt aber seit Jahren nicht mehr zuhause. Seine Ausreiseaufforderung wird solange ausgesetzt, bis über das Asylbegehren seiner libanesischen Frau entschieden ist. Die junge Familie erwartet das dritte Kind. Seinetwegen wurde das Asylverfahren gegen die Eltern so überraschend schnell abgewickelt, um die Familie umgehend abschieben zu können.

Raimund

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geburtsdatum, Ort ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e. V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

„Schwestern, vergeßt uns nicht"

So heißt eine vom Studienkreis Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit der Lagergemeinschaft Ravensbrück erstellte Ausstellung über Frauen, die in den Jahren 1933-45 in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück interniert waren. Sie wurden von den Nazis verfolgt und ermordet, weil sie aus politischen oder religiösen Gründen Widerstand leisteten, weil ihnen aus „rassischen Gründen" das Lebensrecht verweigert wurde – wie Jüdinnen und Sinti und Roma -, weil sie als sozial „minderwertig" eingestuft wurden oder weil sie verbotene Liebesbeziehungen hatten. Sogar Kinder wurden in Konzentrationslager verschleppt und ermordet.

In der Ausstellung erfahren wir anhand von Biographien von dem Leben, dem Kampf, dem Leiden und auch dem Sterben von Frauen, die Widerstand gegen das Nazi-Regime leisteten. Des weiteren werden die brutalen Lebensbedingungen, die Zwangsarbeit, das ausweglose Schicksal der Kinder, aber auch die Solidarität und der Widerstand in den Frauen-Konzentrationslagern sehr anschaulich dokumentiert. Neben den Ausstellungstafeln legen außerdem Utensilien aus der damaligen Zeit, wie z.B. Häftlingskleidung, von den Frauen angefertigte Geschenke, Briefe etc., Zeugnis über das Leben und Leiden der Frauen im Konzentrationslager ab.

Um die Verfolgung und Ermordung dieser Frauen und Millionen anderer Menschen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, holen wir diese Ausstellung im kommenden Frühjahr nach Bremen. Wir sind ein eigens für dieses Projekt gegründeter Initiativkreis von unterschiedlichen Frauen, die sich teilweise schon mehrere Jahre in verschiedenen Arbeitsgruppen mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzen. Einige von uns sind im Freundeskreis Ravensbrück engagiert und befinden sich im Kontakt mit der Lagergemeinschaft Ravensbrück e.V. In Gesprächen beim letzten Jahrestreffen der Lagergemeinschaft ist auch die Idee entstanden, die Ausstellung, die dort gezeigt wurde, nach Bremen zu holen.

Die Ausstellung wird im März '97 für die Dauer von 3 Wochen in den Räumlichkeiten des Fuhrparks, Buntentorsteinweg, zu sehen sein. Als Rahmenprogramm planen wir eine Veranstaltungsreihe mit Zeitzeuginnen und Überlebenden der Konzentrationslager. Konkret geplant sind folgende Veranstaltungen:

- Eröffnungsveranstaltung mit Lisel Jäger: „Die Konzentrationslager Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück"
- Waltraud Blaß (Überlebende von Ravensbrück), Ursula Krause-Schmitt (Historikerin): „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus"
- Bärbel Reimann (Überlebende): „Widerstand im Nationalsozialismus"
- Edith Diewald: „Szenische Dokumentation über die jüdische Widerstandskämpferin Chaika Grossman"
- Jutta Bergt (Überlebende von Auschwitz): Lesung aus ihrem Buch „Die Zeit danach"
- Konzert mit Esther Bejarano (Überlebende von Auschwitz und Ravensbrück) und Coincidence
- Filmreihe mit verschiedenen Filmen zum Thema

Außerdem sind Veranstaltungen zur Gedenkstättenpolitik in der BRD, zur Zwangsprostitution im Nationalsozialismus, zur Verfolgung von Sinti und Roma und über Täterinnen im Nationalsozialismus geplant.

Da wir es für wichtig halten, gerade auch die jüngere, heranwachsende Generation anzusprechen, möchten wir spezielle Führungen und Veranstaltungen für Schulklassen anbieten.

Um unser Projekt so realisieren zu können, wie wir es geplant haben, benötigen wir etwa 30.000 DM. Für den Besuch der Ausstellung und der Veranstaltungen möchten wir nach Möglichkeit keinen Eintritt erheben, daher sind wir fast ausschließlich auf Spendengelder angewiesen. Wer uns unterstützen möchte, überweist bitte das Geld auf folgendes Spendenkonto:

I. Heydt, Sparkasse Bremen Kto. Nr. 1246 1505 Stichwort Ravensbrück (BIZ: 290 501 01)

Fraueninitiative für eine Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe zu den ehemaligen Frauen-Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück

c/o Autonomes feminist. Referat im ASTA der Uni Bremen, Bibliothekstr. 1, 28359 Bremen

Geburtstage im Januar 1997

Helma Klems	3.1., 69 J.
Irmgard Alfken	23.1., 66 J.
Uwe Kempf	25.1., 48 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e. V.
(Wir sind gemeinnützig und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt)
Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18
Montag 16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr
Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit
Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen von Gruppen für alternative Stadtrundgänge im Büro oder direkt unter (04 21) 61 12 62
Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,
jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt unsere Auffassung wieder.
Redaktionsschluß: am 10. des Monats
V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Rathaus-Ausstellung

Zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944" erhielt die BAF-Redaktion eine Reihe interessanter Zuschriften. Wir haben uns vorgenommen, die wichtigsten Gesichtspunkte daraus in dieser und den folgenden Ausgaben zu veröffentlichen.

die Redaktion